



LG/2855/20/00

Stellungnahme zum Thema „Bürgerarbeit“

Der Bayerische Landesfrauenausschuß (BayLFA) sieht mit tiefer Sorge die derzeitigen Bemühungen um die Etablierung der sogenannten „Bürgerarbeit“.

Der BayLFA leistet seine Arbeit zum Wohle der Frauen ehrenamtlich. Darüber hinaus gehören dem BayLFA viele Mitgliedsverbände an, die mit Hilfe von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen soziale Dienstleistungen erbringen.

Das Ehrenamt neuer Prägung (Bürgerarbeit) könnte zu einem Verlust der klassischen Ehrenamtskultur und zu einer Aufspaltung zwischen dem Ehrenamt klassischer Form und der neuen bezahlten Bürgerarbeit führen.

Bedenklich erscheint dem BayLFA auch die Schaffung von Arbeitsverhältnissen unterschiedlicher Qualität, nämlich in der bezahlten Bürgerarbeit und dem normalen Arbeitsverhältnis.

Diese Entwicklung könnte in letzter Konsequenz zum Verlust von Vollzeit Arbeitsplätzen führen.

Zudem besteht die Befürchtung, dass das Ehrenamt klassischer Form verschwindet, weil die bezahlten Bürgerarbeitsverhältnisse bevorzugt werden.

Damit müssten viele soziale Dienstleistungen, die bisher unentgeltlich erbracht werden, in Wegfall geraten, weil sie nicht bezahlt werden können.

Kann die Bundesrepublik Deutschland als Sozialstaat eine solche Entwicklung verantworten?

Vor diesem Hintergrund erscheint die Gefahr, dass eines Tages bisher freiwillig erbrachte Leistungen zu Pflichtleistungen werden könnten, nicht unrealistisch.

München, den 10.02.00

Bayerischer Landesfrauenausschuß
Geschäftsführung

Hausanschrift:
Winzererstraße 9
80797 München
Telefon (089) 1261-1516, -1520
Telefax (089) 1261-2389

Briefanschrift:
80792 München